Ein Brief.

Fortsetzung (als Weihnachtsbetrachtung).

Wir haben gestern, Herr Minister Lipinski, notgedrungen die Vorwürfe zurückgewiesen, die Sie dem „E. V." im Landtage gemacht haben. Wir möchten die Gelegenheit der persönlichen Fühlungnahme mit Ihnen nicht vorübergehen lassen, ohne zu versuchen, Sie mit dem ernsten Wollen der sog. bürgerlichen Presse, soweit sie gut geleitet ist, bekannt zu machen. Wir wissen, daß man in den Kreisen Ihrer alten und neuen Parteigenossen nicht gut auf die in Sachsen vorherrschenden Zeitungen, die ehemaligen Amtsblätter, zu sprechen ist. Man will ihnen den Garaus machen, nachdem das einigermaßen erträgliche Kompromiß, das wohl unter Einfluß des Herrn Ministerpräsidenten vor zwei Jahren abgeschlossen worden ist, den Zeitungen Ihrer Partei nicht das gebracht hat, was erhofft wurde. Vielleicht ist es möglich, daß man sich im Wege der offenen Aussprache näher kommt, zum Nutz und Frommen nicht der Zeitungen, sondern unseres engeren Vaterlandes. Die Weihnachtszeit hielt man ja, früher wenigstens, besonders geeignet, Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen. Das Fest der Liebe, dem kein Kultusministerialerlaß etwas von seinem herkommensgemäßen Einfluß auf die Herzen der Menschen nehmen kann, sollte auch auf politische Gegensätze seine Wirkungen ausstrahlen.

Die sächsischen Zeitungen vertreten zu schätzungsweise 95 vom Hundert andere politische Anschauungen als Sie, Herr Minister. Das bedeutet u. E. nicht, daß unter diesem Gegensatz allgemeine Interessen zu leiden haben. Es gibt in einem Staate wie Sachsen viel gemeinsamen Boden, auf dem politisch verschieden Denkende sich finden können. Zu den Zeiten, als Ihre heutigen Parteigenossen Gradnauer, Harnisch und Kühn noch die Last ihrer Ministerwürden trugen, kam das oft genug zum Ausdruck. Wie kommt es, daß in den letzten Jahren sich das Verhältnis von Grund auf geändert hat? An dem sog. Bürgertum und der nichtsozialistischen Presse liegt das nicht. Sie sind sich gleich geblieben. Wohl aber ist die Wurzel alles politischen Uebels die Lehre vom Klassenkampf, die von der Mehrheit der heutigen Minister in Wort und Tat proklamiert wird. Aus der Klassenkampfidee entstehen alle Unzuträglichkeiten, durch die heute das Land geplagt wird. Die oben genannten Minister waren Gegner des Dogmas von der alleinseligmachenden Wirkung des Klassenkampfes, wie es alle Sozialisten sind, welche die Stärke der Partei nicht nach dem Beifall einschätzen, der ihr von der Straße aus zu teil wird. Die Gunst der Masse ist ein trügerischer Boden zum Aufbau eines politischen Gebäudes, Herr Minister.

Wir wissen, daß der Masse der Klassenkampfgedanke dadurch schmackhaft gemacht wird, daß man sagt, seine Durchführung sei notwendig zur Erlangung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Nach Erreichung dieses Zieles erledige er sich automatisch. Dieser Gedankengang ist durchaus falsch, auch in dem Idealstaate, der mit Hilfe des Klassenkampfes aufgebaut werden soll, werden sich Klassen bilden, die sich — einem Naturgesetze folgend — bekämpfen werden. Das Beispiel des heutigen Rußland lehrt überdies bereits jetzt, daß die Klassengegensätze nach erfolgreicher Durchführung des Kampfes sich verschärfen. Die Herrschaft einer Klasse kann nur erreicht werden durch den Terror, den Sie, Herr Minister, theoretisch ablehnen und unter dem Ihre Parteigenossen in Rußland unsäglich zu leiden haben. Das ist wohl jedem klar, daß der Terror der Straße auch bei uns nicht halt machen wird vor den Sozialdemokraten. Die Abgeordneten Siewert und Böttcher haben erst in den letzten Landtagssitzungen darüber keinen Zweifel gelassen. Die Klassenkampfidee steht im Gegensatz zu den sozialistischen Idealen. Deshalb vertritt das Bürgertum letzten Endes Ihre Sache, Herr Minister, wenn es sich mit aller Schärfe gegen den Klassenkampf wendet, der die gemeinsame Arbeit am Volke, zu der das Bürgertum durchaus bereit ist, gefährdet oder sogar unmöglich macht. Wenn wir Sie warnten, durch Ihre Politik die Gegensätze im Volke zu verschärfen, so erfüllten wir nur eine Pflicht gegenüber unseren Volksgenossen. Denn das traurige Ende kann nur der Bürgerkrieg sein. Die außerordentliche Wirkung des Klassenkampfes muß besonders in unserer Lage vernichtend sein. Wir haben darauf auch in dem Artikel, den Sie im Landtage beanstandeten, kurz hingewiesen.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes geht über den Ausgleich der Interessen, nicht über ihre gegenseitige Bekämpfung bis auf Messer. Lassen Sie also, Herr Minister, von dem unfruchtbaren Ehrgeiz, das Land Sachsen zur Keimzelle des Klassenkampfes zu machen, und Sie können versichert sein, daß die sog. bürgerliche Presse dann ein gutes Stück mit Ihnen und Ihren Kollegen zusammengehen kann. Zum Wohle des Volkes, dem Ihre und unsere Arbeit und Liebe gehört. Die Weihnachtszeit ist, wir sagten es schon, dazu denen günstig, die guten Willens sind.

Politische Weihnachtsgaben für Deutschland.

—l. Poincare, die Verkörperung des Elementes des Bösen in der Politik, hat es für richtig gehalten, kurz vor dem Feste der Liebe seinen Haßgesang zu wiederholen. Wir berichteten darüber gestern im Auszug. Rhein und Ruhr will er haben, dazu das gesamte deutsche Volksvermögen. Daß seine ausschweifenden Wünsche sich nicht einmal mit dem Schandvertrag von Versailles vereinbaren lassen, stört den Herrn nicht. Er will uns mit weiteren Legionen französischer Beamter segnen, er will mit einem Wort Deutschland unter das Sklavenjoch beugen. Frankreich soll das Herrenvolk der Welt werden, welches im Nichtstun verpraßt, was andere Völker erarbeitet haben. Um den deutschen Arbeitern die Sache schmackhaft zu machen, versucht Poincare sie gegen diejenigen aufzuhetzen, welche die deutsche Wirtschaft aufrecht erhalten. Leider haben Teile der deutschen Linkspresse dieses Spiel noch nicht durchschaut, sie sekundieren dem Verderber und werden dabei von sogen. Führern unterstützt.

Wenn man den Meldungen aus Paris Glauben schenken darf, so hat das Wiederherstellungsproblem auch sonst eher eine Verschärfung als eine Entspannung erfahren. Das zu einer Zeit, in der die deutsche Regierung sich abmüht, Vorschläge zu machen, die bis zu der äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit gehen. Ihre Lage wird künstlich erschwert durch demütigende Forderungen wie wir sie in den Fällen Ingolstadt und Passau eben erlebten. Das über das Maß des Erträglichen hinausgehende Sühneanerbieten wurde mit ätzendem Hohn zurückgewiesen. Die Botschafterkonferenz scheint kein Gefühl dafür zu haben, daß es von minderwertiger politischer Moral zeugt, wenn sie dem Unglück eines Volkes Demütigungen über Demütigungen hinzufügt.

Als äußeres Zeichen seiner Herrschergelüste schickt die französische Regierung jetzt zwei Kreuzer in das deutsche Meer, die Ostsee. Sie sollen dort feste Station nehmen, um den traurigen Rest der deutschen Flotte zu „überwachen". Der gesunkenen Moral paart sich die Lächerlichkeit. Wie sich die Leute sonst benehmen, geht aus einer Entschließung des Reichstages hervor, die erst jetzt bekannt wird und folgenden Wortlaut hat:

Im besetzten Gebiet sind durch die Besatzungsbehörden Frankreichs öffentliche Häuser zwangsweise eingerichtet worden. Vor der ganzen gesitteten Welt erheben wir Einspruch gegen diese Kulturschande, der die Bevölkerung im besetzten Gebiet wehrlos preisgegeben ist und die zum Himmel schreit. —

In einer dem Reichstage im Januar zugehenden Denkschrift wird die Reichsregierung neues Material über die Verbrechen der Besatzungssoldaten am Rhein veröffentlichen und auch die Bordellfrage eingehend beleuchten.

Wieder ein Weihnachten in Not und Schande. Das ist ein trauriges Fazit aus den politischen Vorgängen der letzten Zeit. Wir könnten es ändern, wenn wir einen Teil der Kraft aufbrächten, mit der wir während der Kriegsjahre die Welt in Erstaunen setzten. Werden wir das Wollen endlich lernen?

Das amerikanische „Wunder".

London, 23. Dez. „Daily Mail" meldet aus Newyork: Ein hoher Beamter des Staatsdepartements stellte die Meldung in Abrede, daß ein Vorschlag von der amerikanischen Regierung an England und Frankreich zwecks Ernennung einer amerikanischen Kommission zur Schätzung des Reparationsbetrages, den Deutschland zahlen könne, gemacht worden sei. Die amerikanische Regierung könne keinerlei Aktion unternehmen, wenn sie nicht besonders durch die französische und britische Regierung dazu aufgefordert werde. Geschäftsleute könnten jedoch einen Reparationsplan aufstellen.

Paris, 22. Dez. Einer Meldung aus Washington zufolge, beabsichtigt die amerikanische Regierung, Poincare aufzufordern, in definitiver und präziser Weise auseinanderzusetzen, zu welchen äußersten Zugeständnissen er in der Frage der Reparationen und anderer sich anschließender Fragen bereit wäre.

In Washingtoner Kreisen wies man darauf hin, daß die amerikanische Regierung diesen Schritt mit allen Formen der Höflichkeit und des Entgegenkommens umgeben werde, denn man lege sich volle Rechenschaft darüber ab, welchen innerpolitischen Schwierigkeiten Poincare gegenüberstehe, denen man in den Beziehungen mit Frankreich Rechnung tragen müßte.

Paris, 22. Dez. Der „New York Herald" meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat von Paris die Bestätigung der Blättermeldungen erhalten, daß Frankreich sich zur Zeit nicht mit dem Plan trage, Anfang Januar das Ruhrgebiet zu besetzen. Staatssekretär Hughes sei von Paris aus inoffiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Frankreich in der Reparationsfrage keine gewaltsamen Schritte unternehmen werde, bis die schwebenden Verhandlungen zwischen den alliierten Premierministern einigermaßen einen Abschluß erhalten hätten. Gleichzeitig wird dem „New York Herald" zufolge in Washington der Nachricht widersprochen, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen vom Rhein zurückziehen würden, wenn die Franzosen weiter nach Deutschland einrückten.

Berlin, 23. Dez. Bei der gestrigen Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern wurden die Vertreter der Demokraten, des Zentums und der Deutschen Volkspartei von Dr. Hermes, die anderen Parlamentarier von Minister von Rosenberg empfangen. Die Minister machten Mitteilungen über ihre weiteren Pläne zur Reparationsfrage. Zeitungen wollen wissen, daß die deutschen Vorschläge erst nach den Weihnachtsfeiertagen fertiggestellt werden können. Allerdings sei man im Laufe des gestrigen Tages einen guten Schritt vorwärtsgekommen, sodaß sich ein bestimmter Plan erkennen lasse.

Berlin, 22. Dez. Die Verhandlungen der Sachverständigen aus Industrie- und Bankwelt im Reichsfinanzministerium dauerten gestern bis zum späten Abend. Die von der Reichsregierung vorbereiteten Pläne wurden im Laufe dieser Besprechungen spezialisiert, sind aber noch nicht abgeschlossen, vielmehr werden die Besprechungen nach Weihnachten fortgeführt werden.

Die russisch-türkische Freundschaft.

Moskau, 22. Dez. Bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens hielt der neu ernannte türkische Gesandte Muchtar Bei eine Ansprache, in der er sagte, ungeachtet der Versuche der auslärischen Mächte, die gegenseitige Annäherung des russischen und türkischen Volkes zu verhindern, hätten die beiden Völker einander gefunden und einander verstehen gelernt. So habe sich die russisch-türkische Freundschaft entwickelt, die durch den Moskauer Vertrag von 1921 ihre Weihe erhalten habe.

Berlin, 22. Dez. Der neue Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn hat die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernommen.

Berlin, 23. Dez. Von der Entfernung der kaiserlichen Hoheitszeichen an den Fassaden des Parlaments ist Abstand genommen worden. Die Gutachten der Sachverständigen sprechen sich gegen eine Entfernung der Kronen, Wappen und Namen der früheren Bundesfürsten aus.

London, 22. Dez. Einem Telegramm aus Bombay zufolge haben 16 englische Militärflugzeuge eine Strafexpedition gegen rebellische Dörfer unternommen in der Gegend von Ahmode. Die Rebellen wurden mit Bomben und Maschinengewehrfeuer angegriffen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist sehr groß.

Oertliche Angelegenheiten.

Feiertage.

Mehr als vier Jahre stand die Welt im Kriegsbrand, mehr als vier Jahre sind seitdem vergangen, und wir haben den Weltfrieden nicht, ja nicht einmal den Frieden innerhalb Deutschlands. Ist es bei einer solchen Sachlage erlaubt, Feste zu begehen? Schwindet nicht vor der düsteren Glut der gegenwärtigen Trübsal jegliches Recht auf Feiertage? Die Masse der Kriegsgewinnler und Schieber, die Tausende der wir immer in selbstsüchtiger Stumpfheit dahinlebenden Genußmenschen werden diese Doppelfrage nicht verstehen, oder, wenn sie ihnen in ihrer ganzen Bedeutung dämmert, mit einer selbstverständlichen Bejahung antworten. Wie aber steht es mit der Antwort derjenigen, die da wissen, daß Millionen Mitleiden bedeutet? Man wird es begreiflich finden, wenn ein Teil dieser Menschen sich bedingungslos auf den Standpunkt stellt: daß die trübe Gegenwart jegliches Festfeiern, jeder Feiertag, der etwas anderes als ein Ausruhen von der Arbeit durch Unterbrechung dieser Arbeit ist, verbietet. So ganz einfach, wie diese Antwort es erscheinen läßt, ist jedoch die Sachlage keineswegs. Wenn freilich unter Festfeiern und Feiertag das Ausüben im Genießen eines schrankenlosen Vergnügungstreibens verstanden wird, dann trägt die Ablehnung solcher Feiertage ihre Berechtigung von vornherein in sich. Aber Feiertage im edlen Sinne sind garnicht mit schrankenlosem Vergnügungsgenuß verbunden. Ein echter Feiertag und ein echtes Fest sind vielmehr Oasen der Seele in der Wüste der Alltagsarbeit. Und solche Oasen aufzusuchen ist das Recht, ja die Pflicht aller gequälten Gegenwartsmenschen, die in der Erinnerung an vergangene bessere Zeiten und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft die Ausruhepunkte würdig vollbrachter Feiertage für ihr Seelenleben brauchen. Haben wir auch die Feiertagszeit vom Weihnachten bis Neujahr nicht unbenutzt und ungenutzt in diesem Jahre vergehen. Im engen Kreise der Familie und in dem weiten Kreise gleichgesinnter Freunde sollen und wollen wir die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel festlich begehen, auf daß wir neue seelische Kraft gewinnen, der Zukunft entschlossen ins Auge zu schauen. Nicht nur der Satz, daß geteilte Freude doppelte Freude ist, sondern auch die Wahrheit: Geteiltes Leid ist halbes Leid, soll uns in den jetzigen Feiertagen wie bei allen Festen in der Gegenwart offenbar werden und in uns bewußt sein, dann brauchen wir uns nicht zu scheuen vor dem Bekenntnis, die Feiertage festlich begangen zu haben, sondern werden in uns die Kraft und die Lust spüren, den seelischen Gewinn, den wir uns aus den Feiertagen gezogen haben, auch den anderen zuteil werden zu lassen, die in ihrer Niedergeschlagenheit noch nicht wieder zu der Erkenntnis gekommen sind, daß ein würdig begangener Festtag moralisch ebenso berechtigt und wertvoll ist wie eine Reihe saurer Arbeitswochen. Und in diesem Sinne wünschen wir allen unseren Lesern

fröhliche, gesegnete Feiertage!

* **Abermalige Erhöhung der Postgebühren.** Dem Reichsrat ist der Entwurf der neuen Postgebührenordnung zugegangen. Dieser neue Posttarif tritt am 15. Januar in Kraft. Er wird im allgemeinen eine Verdoppelung der jetzigen Tarife bringen. Die Postkarte im Ortsverkehr wird 10 Mark, der Ortsbrief 20 Mark, der Brief im Fernverkehr 50 Mark kosten.

* **Sparmaßnahmen.** Bei der Reichseisenbahnverwaltung werden bis Ende März 5000 Werkstättenarbeiter, einschließlich der 2500 ausgelernten Lehrlinge, entlassen. Außerdem wird 20 000 Bediensteten gekündigt werden. Hiervon werden 6670 Arbeiter und Angestellte betroffen und 13 330 Beamte. Von diesen werden wiederum 4489 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung untergebracht, 1115 Beamte, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, werden zwangspensioniert und 7796 Beamte, die noch nicht vier Dienstjahre bei der Eisenbahn hinter sich haben, werden ohne Versorgung entlassen. Die Auswahl wird sich besonders dahin erstrecken, daß unbrauchbare und arbeitsunlustige Beamte für die Entlassung in Frage kommen. Wegen einer Uebergangsentschädigung für die zu Entlassenden wird noch mit dem Hauptbeamtenrat besonders verhandelt werden. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung im neuen Urlaubsjahre eine Kürzung des Urlaubes für sämtliche Beamte um je drei Tage durchzuführen. Die Kürzung der Urlaubszeit wird sich nicht nur auf die Eisenbahnverwaltung, sondern auf sämtliche Beamtenkategorien erstrecken. Der Personalabbau erfolgt auf Verlangen der Entente.

* **Gegen den Preisabbau.** Im Verein der Berliner Feinkostgroßhändler wurde mitgeteilt, daß die neue Gütertariferhöhung des Reiches um 70 Prozent ein weiteres Anziehen aller Preise im Durchschnitt von 40—45 Prozent im Monat Januar zur Folge haben würde. Mit dieser Politik der fortgesetzten Tarif-, Gehalts- und Lohnerhöhungen treibe das Reich die schärfste Politik gegen jede Preistreiberei.

* **Der Ankauf von Gold** für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 25.—31. d. Mts. unverändert zum Preise von 20 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 10 000 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt ebenfalls unverändert bis auf weiteres zum 600fachen Betrag des Nennwertes.

* **Der deutsche Gegenwert des Goldfranken** bei der Gebührenerhebung im Auslandspaket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist vom 25. Dezember an auf 1400 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe nach dem Ausland maßgebend.

* **Die Gewerkschaft der Technischen Eisenbahnbeamten**, die 20 000 Eisenbahnbeamte aller Dienstzweige umfaßt, und die in Arbeitsgemeinschaft mit der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten steht, hat sich dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen.

* **Kaltgestellt.** Der bisherige Leiter der Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Dresden, Max Schippel, bekanntlich sozialdemokratischer Gegner des Achtstundentages, ist zum ordentlichen Professor für wirtschaftliche Staatenwissenschaften an der Technischen Hochschule ernannt worden.

* **Neue Einkommensteuermarken.** Die Reichsdruckerei hat neue Einkommensteuermarken zu 2000, 1000, 500 und 200 Mark fertiggestellt. Die neuen Marken sind in zweifarbigem Buchdruck aus weißem Pierpaßpapier in doppelter Größe der Postfreimarken hergestellt. Sie bilden ein liegendes Rechteck, in dessen Mitte sich ein Rhombus auf einem feinen Netzwerk befindet. In dem Rhombus steht die Wertziffer. Oben steht „Einkommensteuer", unten der Wert in Buchstaben.

* **Die Lernmittelnot an den höheren Schulen.** Angesichts der Tatsache, daß eine Sextaner-Ausrüstung mit den notwendigsten Schulbüchern nicht unter 20 000 Mk. zu beschaffen ist, daß ein großer Atlas allein 5500 Mk. kostet — wahrscheinlich sind diese Preise zu Ostern bereits wieder überholt — ist ein Beispiel, das ein Dresdener Gymnasium gibt, beachtens- und nachahmenswert. Das Blasewitzer Realgymnasium wird bereits für Ostern 1923 gemeinschaftlich mit der Elternversammlung einen Plan durchführen, der die teuren Anschaffungskosten für jeden einzelnen erspart. Die Schule wird Anteilscheine an die Eltern ausgeben, die in beliebiger Höhe gezeichnet werden können. Mit diesem Betrag, der nicht als Geschenk, sondern als tilgbares Darlehen gilt, wird die Schule die nötigen Lehrbücher anschaffen und gegen bescheidene Leihgebühren an die Schüler ausgeben und am Jahresschluß wieder einsammeln. Soweit Schüler noch jetzt das Eigentumsrecht an Büchern haben, werden sie gebeten, diese, soweit sie nicht mehr gebraucht werden, der Schulbibliothek schenkweise oder billig zu überlassen. Im Laufe weniger Jahre wird sich dieses System erst richtig auswirken können. Nebenher wird im Werkunterricht dafür gesorgt, daß sich die Schüler im Einbinden von Büchern u. a. üben. Zweifellos werden diese Maßnahmen geeignet sein, den Kindern des Mittelstandes und der geistigen Berufe den höheren Schulbesuch weiter zu ermöglichen.

* **Schülerferienkarten.** Um den Schülern und Studierenden die Möglichkeit zu geben, aus den Weihnachtsferien noch zu den bis zum 31 Dezember gültigen niedrigeren Fahrpreisen zum Schulort zurückzukehren, wird ausnahmsweise zugelassen, daß die Schülerferienkarten ohne Rücksicht auf den Tag des Schulbeginns bereits vom 29. Dezember ab ausgegeben werden. Da bis zum 31. Dezember die zum jetzigen Fahrpreise gelösten Fahrkarten eine viertägige Gültigkeit behalten, können die Schüler und Studierenden mithin bis zum 3. Januar die billigen Fahrpreise benutzen.

* **Die vier letzten deutschen Kriegsgefangenen**, die von der französischen Regierung begnadigt worden sind, sind aus Toulon in Begleitung von Gendarmen nach der Grenze abgereist.

Aue, 23. Dez. Die gestrige Weihnachtsfeier in der Bürgerschule war ein Ereignis, für das sich namentlich musikalische Kreise mehr hätten interessieren sollen. Denn außer einem Krippenspiel, das recht munter und nett war, kam Paul Gerhardts Weihnachtsfeier zur Aufführung. Das ist eine ganz prächtige Sache: straff und tadellos in der Kontrapunktik, kühn und geistvoll in der Harmonisierung und Verarbeitung der Weihnachtslieder (Eingeführung!), jedenfalls ein glänzender Beweis dafür, daß bei aller Modernität eins die Hauptsache bleibt: „Vis superba formae". Vom Standpunkte der Architektonik und des Effekts aus wäre nur ein umgekehrter Aufbau der drei Teile zu wünschen. Geist, Feuer und Stabilität der Aufführung wurden durch die Mitwirkung des Komponisten noch gesteigert. Der Kinderchor läßt zwar in Sprache, Vortrag und Ton noch manches zu wünschen übrig, aber es ist überhaupt ein Wunder, wie so etwas mit Kindern möglich ist. Das ist eine Leistung, auf die man stolz sein kann und die hoffentlich in einem Kirchenkonzert recht bald weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird. H. S.

Aue, 23. Dez. Die Christmette in der Nicolaikirche am 1. Weihnachtsfeiertag beginnt früh 5 Uhr. Auch in diesem Jahre